

Max-Planck-Institut für demografische Forschung
Max Planck Institute for Demographic Research
Konrad-Zuse-Strasse 1 · D-18057 Rostock · GERMANY
Tel +49 (0) 3 81 20 81 - 0; Fax +49 (0) 3 81 20 81 - 202;
<http://www.demogr.mpg.de>

MPIDR WORKING PAPER WP 2006-025
AUGUST 2006

**Der Einfluss der ‚Wende‘ auf bildungs-
spezifische Fertilitätsunterschiede
in Ostdeutschland**

Michaela Kreyenfeld (kreyenfeld@demogr.mpg.de)

This working paper has been approved for release by: Gerda Ruth Neyer (neyer@demogr.mpg.de)
Deputy Head of the Laboratory of Contemporary European Fertility and Family Dynamics.

© Copyright is held by the authors.

Working papers of the Max Planck Institute for Demographic Research receive only limited review.
Views or opinions expressed in working papers are attributable to the authors and do not necessarily
reflect those of the Institute.

Der Einfluss der ‚Wende‘ auf bildungsspezifische Fertilitätsunterschiede in Ostdeutschland

Michaela Kreyenfeld¹

Zusammenfassung: Auf Basis der Daten des Mikrozensus liefert dieser Artikel einen Überblick über den Einfluss der Bildung auf die Familiengründung in Ost- und Westdeutschland. Seit der Wende sind die bildungsspezifischen Unterschiede im Geburtenverhalten in Ostdeutschland größer geworden. Diese Differenzierung fällt jedoch für die jeweiligen Kohorten sehr unterschiedlich aus. Besonders die Kohorten 1966-1969 zeigen ein auffälliges Muster. Frauen dieser Jahrgänge, die einen POS-Abschluss hatten, haben meist noch zu DDR-Zeiten und damit relativ früh das erste Kind bekommen. Frauen mit einem Abitur haben nach der Wende – meist in einem relativ hohen Alter – eine Familie gegründet. Die Folge davon ist, dass die Wiedervereinigung die unterschiedlichen Bildungsgruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in ihren Fertilitätskarrieren getroffen hat, was unmittelbar zu einer Zunahme der bildungsspezifischen Variationen im Erstgeburtverhalten geführt hat.

Stichworte: Bildung, Familiengründung, Ost- und Westdeutschland

¹ Korrespondenzanschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Konrad-Zuse Str. 1, 18057 Rostock, Email: kreyenfeld@demogr.mpg.de

1. Einleitung

Die Wiedervereinigung ging mit einer weit reichenden Umstrukturierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen in Ostdeutschland einher (Witte und Wagner 1995; Bielinski et al. 1995; Lutz und Grünert 1996; Sackmann und Wingers 1996; Brücker 1997). Während in der DDR Frauen mehrheitlich Vollzeit erwerbstätig waren und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit durch eine Reihe von familienpolitischen Maßnahmen gegeben war, haben sich nach der Wende die Rahmenbedingungen, die das Erwerbsverhalten von Frauen beeinflussen, grundlegend verändert. Zudem sind die Erwerbsoptionen vielschichtiger geworden. Dies beinhaltet einerseits die Möglichkeit, höhere Bildung in höheres Einkommen umzuwandeln, andererseits aber auch ein höheres Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein.

In diesem Beitrag wird die Frage untersucht, welchen Einfluss die Veränderungen in den Erwerbsverläufen von Frauen auf das Fertilitätsverhalten in Ostdeutschland nach der Wende haben. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf bildungsspezifische Unterschiede im Übergang zum ersten Kind. Die zentrale Hypothese lautet, dass die bildungsspezifischen Unterschiede im Fertilitätsverhalten nach der Wende in Ostdeutschland zugenommen haben. Da jedoch die Vereinbarkeit von Kind und Beruf in Ostdeutschland eher gegeben ist als in Westdeutschland, lässt sich vermuten, dass ostdeutsche Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss immer noch eher ein erstes Kind bekommen als vergleichbare westdeutsche Frauen. Als Datenbasis dienen die Scientific-Use-Files der Mikrozensus aus den Jahren 1998, 2002 und 2004. Im folgenden Abschnitt werden die institutionellen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland sowie die Veränderungen, die in Ostdeutschland nach der Wende stattgefunden haben, kurz umschrieben (Abschnitt 2). Danach werden die theoretischen Überlegungen zum Zusammenhang von Bildung und Fertilität dargelegt (Abschnitt 3). Im Abschnitt 4 wird der Datensatz vorgestellt. Abschnitt 5 beinhaltet die Ergebnisse der empirischen Analysen, in denen Survivalfunktionen nach Bildungsniveau, Kohorte und Region präsentieren werden. Zum Schluss werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst (Abschnitt 5).

2 Institutionelle Rahmenbedingungen

2.1 Ostdeutschland vor der Wende

In der DDR haben umfassende familienpolitische Maßnahmen die Kosten, die mit der Erziehung von Kindern verbunden sind, reduziert (Gysi und Speigner 1983; Koch und Knöbel 1986; Vortmann 1988; Cornelius 1990; Cormm 1998; Trappe and Rosenfeld 2000; Kreyenfeld 2003, 2004; Huinink und Kreyenfeld 2006). Als wichtige familienpolitische Maßnahme wird in diesem Zusammenhang häufig die Zuteilung von Wohnraum genannt, die eng an die Heirat und Geburt eines Kindes gekoppelt war (Frerich and Frey 1993: 427f.). Auch galt der „Ehekredit“ als bedeutsame sozialpolitische Maßnahme. Er ermöglichte es verheirateten Paaren, einen Kredit von 5000 Mark aufzunehmen. Ein Teil dieses Kredites wurde automatisch getilgt, sobald ein Kind geboren wurde; mit der Geburt des dritten Kindes war dieser Kredit komplett „abgekündert“. Von zentraler Wichtigkeit waren darüber hinaus die sozialpolitischen Bemühungen der DDR, die darauf abzielten, Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Schon in den fünfziger Jahren wurden politische Maßnahmen eingeführt, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern (Obertreis 1986: 74ff.). In den sechziger Jahren fokussierten sich die politischen Bemühungen der DDR-Regierung darauf, geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Bildungsniveau und in den Erwerbspositionen zu überwinden (Obertreis 1986; Trappe 1995). In den Siebzigern, als bevölkerungspolitische Überlegungen eine größere Relevanz bekamen, versuchte man durch eine Reihe von politischen Maßnahmen die Probleme der Vereinbarkeit von Vollzeit-erwerbstätigkeit und Familie konsequenter anzugehen. Am bemerkenswertesten in diesem Zusammenhang war der Ausbau der Kinderbetreuung. Zu Anfang der siebziger Jahre besuchte etwa ein Drittel aller Kinder unter drei Jahre eine öffentliche Kindertageseinrichtung. Bis Mitte der achtziger Jahre war dieser Anteil auf mehr als 70 Prozent angestiegen (Statistisches Amt der DDR 1990).

Im Jahr 1976 wurde in der DDR das „Babyjahr“ eingeführt, das im Grunde einem einjährigen bezahlten Erziehungsurlaub gleichkam. Anfangs konnten Frauen nur nach der Geburt eines zweiten oder dritten Kindes das Babyjahr in Anspruch nehmen. Seit 1986 konnten dann auch alle Frauen, die ein erstes Kind geboren hatten, das Babyjahr beanspruchen. Das Babyjahr war nur für Frauen vorgesehen, d.h., Väter konnten hiervon nicht Gebrauch machen. In diesem Zusammenhang ist vielfach die Kritik

erhoben worden, dass die Politik der DDR Fragen der Geschlechtergleichheit nie wirklich thematisierte. Obwohl das öffentliche Kinderbetreuungsangebot grundlegende Vereinbarkeitsprobleme zwischen Familie und Beruf zu lösen half, blieben Hausarbeit und Organisation der Kinderbetreuung größtenteils Aufgabe der Frauen (Böckmann-Schewe et al. 1993: 50ff.; Trappe 1995; Pascall und Manning 2000: 254).

Abgesehen von dem einjährigen Erziehungsurlaub wurde von Frauen erwartet, durchgehend vollzeitig erwerbstätig zu sein. Die Gesetzgebung der DDR sah grundsätzlich keine Unterhaltszahlung im Falle der Scheidung vor. Auch hatten alleinerziehende Mütter keinen Anspruch auf zusätzliche soziale Leistungen (Berghahn und Fritzsche 1991: 144ff.; Frerich und Frey 1993: 396). Arbeitslosigkeit existierte praktisch nicht und Erwerbsverläufe waren stark vorstrukturiert. Berufliche Abstiegsrisiken wurden durch das Prinzip der statusadäquaten Beschäftigung minimiert, was bedeutete, dass Erwerbstätige in erster Linie auf Grund ihrer formalen Qualifikation beruflichen Positionen zugewiesen wurden (Huinink 1995a; Solga und Konietzka 1999; Zühlke 2000; Szydlik 2002). Gehälter wurden weitgehend zentral festgelegt. Dazu wurden Erwerbstätige gemäß ihrer Ausbildungsabschlüsse verschiedenen Gehaltsgruppen zugeordnet. Neben einem Grundgehalt, das 70 bis 80 Prozent des Gesamtgehalts ausmachte, zahlten Firmen Bonusgehälter für Überstunden, Schichtarbeit und außerordentliche Arbeitsleistungen (Frerich und Frey 1993: 133f.; Szydlik 1994). Im Vergleich zur westdeutschen Einkommensverteilung war die ostdeutsche dennoch sehr komprimiert (Bird et al. 1994: 391; Frick et al. 1995: 85; Krueger und Pischke 1995: 412).

2.2 Familienpolitische Rahmenbedingungen nach der Wende

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 wird oft als Sinnbild des Zusammenbruchs des DDR-Systems verstanden. Neun Monate später – im Oktober 1990 – wurde der Einigungsvertrag ratifiziert, der im Grunde den Austausch des ostdeutschen gesetzlichen und politischen Systems durch das westdeutsche System vorsah. Dies beinhaltete auch die Übernahme der westdeutschen familienpolitischen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland. Diese Rahmenbedingungen werden im internationalen Vergleich einheitlich als Ausdruck eines „konservativen und familialistischen Wohlfahrtsstaatsregimes“ charakterisiert (Braun et al. 1994; Gauthier 1996: 155; Gornick et

al. 1998; Esping-Andersen 1999: 65; Stier et al. 2001; Treas und Widmer 2000: 1431).

Ein Bestandteil dieses Regimes ist das System des „Einkommenssplittings“, das verheirateten Paaren erlaubt, die Steuer gemeinsam zu veranlagern. Auf Grund des progressiven Steuertarifs setzt dieses System besonders niedrigere Arbeitsanreize für verheiratete Frauen. Laut Sainsbury (1996: 171) stellt der großzügige „Hausfrauenbonus“ ein besonderes Charakteristikum des deutschen Systems dar. Andererseits dürfte dem Steuersystem für die Erklärung der Frauenerwerbstätigkeit nur eine untergeordnete Rolle zukommen (Dingeldey 2001: 653). Ebenso wichtig erscheint es, die Unvereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen, um das Erwerbsverhalten von Frauen zu beurteilen.

Trotz einer langen Tradition öffentlicher Kinderbetreuung hat sich das Kinderbetreuungssystem in Westdeutschland hauptsächlich als Mittel zur Erziehung und Bildung von Vorschulkindern institutionalisiert, und es dient bislang weniger der Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf (Kreyenfeld et al. 2001). Betreuungsplätze umfassen in Westdeutschland meist nur eine Halbtagsbetreuung für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung. Für Kinder unter drei Jahren sowie für Kinder im Schulalter werden kaum öffentliche Kinderbetreuungsplätze bereitgestellt (Deutsches Jugendinstitut 2005). Der Erziehungsurlaub bzw. die Elternzeit ist momentan sehr großzügig auf drei Jahre angelegt; für zwei der drei Jahre wird ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld von monatlich bis zu 300 Euro gezahlt (John und Stutzer 2002; Ziefle 2004).²

Die Übernahme der westdeutschen Institutionen in Ostdeutschland beinhaltete nicht nur die Übernahme eines Steuersystems, das geringe Erwerbsanreize für verheiratete Frauen setzt. Auch wurde mit der Wiedervereinigung das relativ kurze Babyjahr zu Gunsten des Erziehungsurlaubs abgeschafft, das derzeit eine Freistellung von bis zu drei Jahren ermöglicht. Vor dem Hintergrund der raschen institutionellen Umstrukturierungen war die Annahme weit verbreitet, dass auch das umfassende öffentliche Kinderbetreuungssystem der DDR bald auf westdeutsches Niveau zurückgestutzt werden würde (Nauck und Joss 1995: 25; Rindfuss und Brewster 1996: 273; Rindfuss et al. 1996; Adler 1997: 44; Kopp 2000: 109). Doch war das Kinderbetreuungssystem

² Im Juni 2006 hat das Bundeskabinett eine Neuregelung der Elternzeit beschlossen (BMFSFJ 2006). Zudem ist im Jahr 2005 das „Kinderbetreuungsbaugesetz“ verabschiedet worden, das einen Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren vorsieht.

eine der Institutionen, die durch den Regimewechsel verhältnismäßig wenig tangiert wurde. Obwohl Kindertageseinrichtungen nach der Wende massiv geschlossen wurden, ist in den östlichen Bundesländern immer noch eine relativ breite Versorgung gewährleistet. Im Jahr 2002 besuchten in Ostdeutschland 40 Prozent aller Kinder unter drei Jahre eine öffentliche Kindertageseinrichtung, während dies auf weniger als fünf Prozent der Kinder jener Altersgruppe in Westdeutschland zutraf. Plätze in Kindergärten werden im Osten mehrheitlich ganztags angeboten. Auch liegt das Angebot an Hortplätzen deutlich über dem westdeutschen Niveau (Deutsches Jugendinstitut 2005). Auf dieser Grundlage kann man feststellen, dass auch noch nach der Wende Frauen in Ostdeutschland bessere Möglichkeiten hatten als Frauen in Westdeutschland, ihr Berufs- und Familienleben zu vereinbaren.

Dennoch liegt es nahe, dass die Vereinbarkeitsprobleme nach der Vereinigung auch in Ostdeutschland zugenommen haben. Die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtung sind weniger flexibel geworden. Während öffentliche Kinderbetreuung in der DDR im Prinzip kostenfrei war (abgesehen von geringen Gebühren für das Mittagessen), müssen nun Elternbeiträge entrichtet werden. Obwohl diese Beiträge meist einkommensabhängig gestaltet sind, ist es möglich, dass diese Kosten einige Eltern davon abschrecken, von öffentlicher Kindertagesbetreuung Gebrauch zu machen.³ Dies dürfte insbesondere die Eltern der mittleren Einkommensschicht treffen, die weder von der Freistellung der Elternbeiträge profitieren noch ein genügend hohes Einkommen haben, um die Kosten der Kinderbetreuung problemlos zahlen zu können.

2.3 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit nach der Wende

Der Wechsel des ökonomischen Systems ging auch mit einer grundlegenden Umstrukturierung des ostdeutschen Arbeitsmarkts einher. Im Vergleich zu DDR-Zeiten waren ostdeutsche Arbeitnehmer nun mit einem Arbeitsmarkt konfrontiert, indem sowohl Aufwärts- wie auch Abwärtsmobilität wahrscheinlicher waren. Einerseits beinhaltete dies die Möglichkeit, ein höheres Bildungsniveau in höheres Einkommen und bessere Karrieremöglichkeiten umzuwandeln (Bird et al. 1994: 391; Brinkmann und

³ Die Elternbeiträge sollte nach § 8 KJHG einkommensabhängig gestaltet werden. Die einzelnen Ländern und Kommunen gehen mit diese Vorgabe unterschiedlich um. Einige Kommunen bzw. Länder staffeln die Beiträge nach Einkommen und Kinderzahl. Andere sehen für einkommensschwache Haushalte eine komplette Beitragsbefreiung vor.

Wiedemann 1995; Frick et al. 1995: 85; Krueger und Pischke 1995: 412; Mayer et al. 1999). Andererseits war dies auch mit höheren Arbeitslosenquoten und, im Vergleich zur Vorwendezeit, weniger vorhersehbaren und weniger stabilen Berufsverläufen verbunden.

Obwohl die Bundesregierung groß angelegte, öffentlich finanzierte Ausbildungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Frühverrentungsprogramme einführte, stieg die Arbeitslosenquote nach der Wende schnell an (Brinkmann 1999; Lutz et al. 1999). Frauen, vor allem jene ohne formale Ausbildungsabschlüsse waren am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen und hatten die größten Probleme, nach Arbeitslosigkeit wieder in Beschäftigung zu gelangen (Bielinski et al. 1995; Engelbrech und Reinberg 1997: 11).

Die neuen institutionellen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik brachten allerdings nicht nur ein hohes Risiko mit sich, arbeitslos zu werden, sie boten auch eine größere Flexibilität. Als sich die ostdeutsche Arbeitsmarktsituation für Frauen verschlechterte, lag die Erwartung nahe, dass einige Frauen von den neuen Möglichkeiten, Teilzeit zu arbeiten oder dem „Hausfrauenmodell“ zu folgen, Gebrauch machen würden (Dorbritz 1997: 243; Huinink 1999: 129). Ähnlich wie Frauen in Westdeutschland würden sie ihren Erwerbsumfang reduzieren oder sich nach der Geburt eines Kindes komplett vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Empirische Studien zeigen einheitlich, dass die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland nach der Wende zurückgegangen ist (Engelbrech und Jungkunst 1998; John und Stutzer 2002; Trappe et al. 2004; Kreyenfeld und Geisler 2006). Dennoch sind deutliche Ost-West-Unterschiede im Verhalten bis heute bestehen geblieben. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland seit 1991. Demnach ist der Anteil von Vollzeit erwerbstätigen Mütter in Ostdeutschland seit der Wende kontinuierlich gesunken. Der Anteil der Teilzeit und geringfügig Beschäftigten ist leicht, der Anteil der Erwerbslosen drastisch gestiegen. Auch ist der Anteil der Nichterwerbspersonen im Osten auffällig gestiegen, liegt aber mit 12 Prozent im Jahr 2004 noch deutlich unter den Werten in Westdeutschland. Besonders augenfällig sind die deutlichen Ost-West-Unterschiede im Anteil Vollzeit erwerbstätiger Mütter. Während im Osten etwa die Hälfte der Frauen mit Kindern Vollzeit erwerbstätig ist, sind es im Westen gerade mal 15 Prozent.

Tabelle 1: Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern 1991-2004, Spaltenprozente

| | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 |
|-------------------------------|------|------|------|------|
| Westdeutschland | | | | |
| Vollzeit | 20,5 | 17,4 | 16,8 | 15,5 |
| Teilzeit | 20,9 | 20,3 | 23,3 | 23,1 |
| Geringfügig | 7,6 | 10,8 | 15,7 | 15,3 |
| Erwerbslos | 3,5 | 4,2 | 4,2 | 5,8 |
| Erziehungsurlaub/Freistellung | 2,4 | 7,1 | 7,5 | 8,1 |
| Nichterwerbsperson | 45,1 | 40,2 | 32,5 | 32,2 |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Ostdeutschland | | | | |
| Vollzeit | 63,7 | 61,1 | 51,7 | 48,4 |
| Teilzeit | 8,3 | 7,9 | 9,9 | 10,1 |
| Geringfügig | 0,9 | 1,4 | 3,7 | 4,3 |
| Erwerbslos | 10,9 | 17,6 | 17,0 | 20,0 |
| Erziehungsurlaub/Freistellung | 10,7 | 3,4 | 5,6 | 5,6 |
| Nichterwerbsperson | 5,6 | 8,7 | 12,1 | 11,7 |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 |

Anmerkung: Die Stichprobe umfasst Frauen, die zum Interviewzeitpunkt zwischen 18 und 45 Jahre alt sind, in Privathaushalten am Familienwohnsitz leben und ein Kind haben, das in der Familie lebt. Frauen, deren Kinder jünger als ein Jahr sind haben wir aus den Analysen ausgeschlossen, da sich diese Frauen noch zum Teil in Mutterschaftsurlaub befinden. Vollzeiterwerbstätigkeit: tatsächliche Arbeitszeit ≥ 30 h/Woche; Teilzeiterwerbstätigkeit: 15-29 h/Woche; Geringfügige Beschäftigung: ≤ 14 h/Woche; Erziehungsurlaub/Freistellung: erwerbstätig und tatsächliche Wochenarbeitszeit von null Stunden; Erwerbslos und Nichterwerbsperson: nach ILO-Klassifikation

Quelle: Kreyenfeld und Geisler (2006), sowie weitere eigene Berechnungen auf Basis des Scientific-Use-Files des Mikrozensus 2004

3 Theoretischer Hintergrund

3.1 Bildung und Familiengründung

Bildung und Erwerbstätigkeit von Frauen gelten als die wichtigsten Faktoren zur Erklärung von Fertilitätsunterschieden in modernen Gesellschaften (Marini 1984; Rindfuss et al. 1988; Becker 1993; Hirschman 1994). Frauen mit höherem Bildungsniveau sind eher geneigt, einer Erwerbskarriere nachzugehen. Sie haben ein höheres Einkommen und sehen sich mit höheren Opportunitätskosten der Kindererziehung konfrontiert, was zur Folge hat, dass sie sich seltener entscheiden, Kinder zu bekommen (Becker 1960, 1993). Neben dem negativen Effekt von Bildung auf Familiengröße haben neuere Studien die Rolle der Bildung für den Aufschub der Familiengründung hervorgehoben (Blossfeld und Huinink 1991; Liefbroer und Corijn 1999; Gustafsson 2001; Lappegård und Rønsen 2005). Grundsätzlich lassen sich zwei Wege unterscheiden, entlang derer höhere Bildung zu einem höheren Alter bei der ersten Geburt führt:

Es ist argumentiert worden, dass Kindererziehung und Bildungsbeteiligung in den meisten Gesellschaften unvereinbar sind (Hoem 1986; Rindfuss et al. 1988; Blossfeld and Huinink 1991). Personen, die sich in der Ausbildung befinden, haben nur eingeschränkt Zeit und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Zudem bestehen normative Erwartungen, dass der Übergang zu Ehe und Elternschaft erst nach Abschluss einer Ausbildung erfolgen sollte (Blossfeld und Huinink 1991: 147; Klein und Lauterbach 1994). Frauen mit Hochschulabschluss werden deshalb bei erster Mutterschaft älter sein als andere Frauen, weil sie eine relativ lange Zeitspanne ihres Lebens in Ausbildung verbracht haben, während derer sie die Elternschaft aufgeschoben haben.

Das zweite Argument bezieht sich auf die Zeit nach dem Abschluss der Ausbildung. Wenn eine Frau ihre Erwerbskarriere unterbricht, um sich um ihr Kind zu kümmern, entstehen Opportunitätskosten in Form des entgangenen Einkommens. Zudem mögen ihre berufsspezifischen Kenntnisse mit zunehmender Abwesenheit vom Arbeitsmarkt entwertet werden. Nicht zuletzt qualifiziert sie sich in dieser Zeit nicht weiter, sammelt keine Berufserfahrung und kann entscheidende Karriereschritte verpassen (Taniguchi 1999; Albrecht et al. 1999; Gustafsson 2001). Da das Einkommensprofil für höher gebildete Frauen steiler verläuft, wird die Zeit nach dem Berufseinstieg, in der die Grundlagen für die Karriere gelegt werden, als besonders wichtig für den zukünftigen Erwerbsverlauf erachtet. Familienbedingte Berufsunterbrechungen werden für diese Phase als besonders problematisch eingestuft:

“Having a child early in one’s career limits the time available for extra courses or the time to work long hours; this is often needed to enter the career track. (...) These kinds of consequences are often much less negative later in a woman’s career. (...) Thus the overall opportunity costs of childbearing for highly educated women may be higher early in their career than somehow later in their careers” (Liefbroer und Corijn 1999: 54).

Aus diesen Überlegungen folgt die Annahme, dass ein höheres Bildungsniveau von Frauen generell zu einem höheren Alter bei der ersten Mutterschaft führt. Unklar bleibt in diesen theoretischen Überlegungen, unter welchen Bedingungen mit einem Aufschub und wann mit einem lebenslangen Verzicht auf Kinder zu rechnen ist. Vor dem Hintergrund der westdeutschen institutionellen Rahmenbedingungen wird häufig vermutet, dass eine höhere Bildung nicht nur einen Aufschub, sondern vielmehr eine

lebenslange Kinderlosigkeit zur Folge hat (Dorbritz und Ruckdeschel 2006; Duschek und Wirth 2005; Kreyenfeld und Konietzka 2006). Auf Grund der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf sind Frauen meistens gezwungen, sich für den einen oder anderen Weg im Lebensverlauf zu entscheiden: entweder Kinder zu bekommen oder einer Erwerbskarriere nachzugehen. Huinink (2002) vermutet, dass auf Grund dieses Dilemmas ein „polarisiertes Fertilitätsmuster“ entsteht. Berufsorientierte Frauen verweilen in der Sphäre der Erwerbstätigkeit und bleiben kinderlos, während weniger erwerbsorientierte Frauen sich in Richtung Familiensphäre bewegen und zwei oder mehr Kinder bekommen.

3.2 Bildung und Familiengründung in der DDR und der Bundesrepublik

Aus der oben ausgeführten Argumentation folgt, dass die Bildung der Frau negativ mit dem Alter bei Erstgeburt und der Wahrscheinlichkeit überhaupt ein Kind zu bekommen verbunden sein sollte. Die zentralen Annahmen in diesem Zusammenhang sind die Zuständigkeit der Frau für die Kinderbetreuung, die Unvereinbarkeit von Kind und Beruf und der negative Einfluss der Erwerbsunterbrechung auf die Erwerbskarriere. Diese Annahmen treffen nicht in gleichem Maße auf die Situation in der DDR zu.

Zum einen waren in der DDR Kindererziehung und Erwerbstätigkeit relativ gut vereinbar. Darüber hinaus existierte eine implizite Norm Vollzeit erwerbstätig zu sein. Es wurde von allen Frauen, unabhängig von ihrem Bildungsniveau, erwartet, dass sie nach dem Babyjahr schnell in eine Vollzeitbeschäftigung zurückkehrten. Auch waren Berufskarrieren durch Bildungsqualifikationen stark vorherstrukturiert. Dies impliziert, dass Erwerbsunterbrechungen weitaus geringere Konsequenzen für den weiteren Berufsverlauf gehabt haben sollten als in Arbeitsmärkten, wo berufliche Mobilitätsprozesse stärker vom Arbeitsengagement abhängen. Vor diesem Hintergrund kann man erwarten, dass es in der DDR weniger bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten gab als in der BRD.

Die Restrukturierung des Arbeitsmarktes nach der Wende brachte mehr Risiken, aber auch größere Chancen, berufliche Aufstiege zu realisieren, mit sich. Auf der einen Seite sind Frauen ohne formale Qualifikationen einem hohen Risiko ausgesetzt, arbeitslos zu werden. Auf der anderen Seite haben Frauen mit hohem Bildungsniveau

bessere Verdienstmöglichkeiten und bessere Karriereoptionen als vor der Wende. Geht man davon aus, dass karriereorientierte Frauen eher die Elternschaft aufschieben, sollte man zunehmende bildungsspezifische Disparitäten im Geburtenverhalten in Ostdeutschland erwarten. Da jedoch die Vereinbarkeit von Kind und Beruf in Ostdeutschland noch eher gegeben ist als in Westdeutschland, könnte man vermuten, dass ostdeutsche Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss dennoch eine Mutterschaft eher im Lebenslauf realisieren als vergleichbare westdeutsche Frauen.

4 Daten und Methode

4.1 Daten

Als Datenbasis für die folgenden Analysen dienen die Daten des Mikrozensus. Der Mikrozensus ist die wichtigste amtliche Haushaltsbefragung in Deutschland, in der ein Prozent der Bevölkerung befragt wird. Der Mikrozensus wird in Westdeutschland seit 1957 und in Ostdeutschland seit 1991 jährlich und seit 2005 auch unterjährig durchgeführt. Das Statistische Bundesamt hat für die meisten Mikrozensen Scientific-Use-Files bereitgestellt (Emmerling und Riede 1997; Schimpl-Neimanns 1998). In den folgenden Analysen werden die Scientific-Use-Files aus den Jahren 1998, 2002 und 2004 verwendet.

Der Mikrozensus ist eine Querschnittsbefragung zur Haushaltsstruktur und zum Arbeitsmarkt. Er enthält wesentliche demografische Merkmale wie Alter, Nationalität, Region sowie detaillierte Informationen zum Erwerbs- und Berufsstatus. Da es sich bei dem Mikrozensus in erster Linie um eine Querschnittsbefragung handelt, sind lebenslaufspezifische Informationen nur bedingt in diesem Datensatz enthalten. Dies gilt insbesondere für die Fertilitätsgeschichte der Befragten. Der Zeitpunkt, zu dem eine Frau ein Kind geboren hat bzw. ein Mann Vater geworden ist, wird nicht erfragt. Ebenso wird nicht erhoben, wie viele Kinder die Person je gehabt hat.

Erfragt wird jedoch die Haushaltskomposition zum Befragungszeitpunkt. Aus dieser Haushaltskomposition, d.h. aus der Zahl und dem Alter der Kinder, die zum Interviewzeitpunkt im Haushalt wohnen, lässt sich die Fertilitätsbiographie einer Befragten rekonstruieren. Dieses Verfahren bringt eine Reihe von Ungenauigkeiten mit sich. So werden Kinder, die bereits gestorben sind oder auf Grund von Scheidung und Trennung nicht mehr bei dem oder der Befragten leben, nicht berücksichtigt. Ebenso

werden Kinder nicht erfasst, die den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben, weil sie einen eigenen Haushalt gegründet haben.

Problematisch ist ebenfalls, dass im Mikrozensus der Haushalt eine der wesentlichen Erhebungseinheiten darstellt. Die Haushaltskomposition wird ermittelt, in dem die Befragten gebeten werden, ihre Beziehung zu einer vorher festgelegten Haushaltsbezugsperson anzugeben (Wirth und Müller 2004). In diesem Zusammenhang wird auch erhoben, ob die befragte Person leibliches Kind der Haushaltsbezugsperson ist. Da mehrere Familien in einem Haushalt leben können, es jedoch pro Haushalt nur eine Haushaltsbezugsperson gibt, zu der die anderen Haushaltsmitglieder in Bezug gesetzt werden, ist es nicht immer möglich, die biologischen Kinder des Befragten zu identifizieren. Nicht zuletzt ist die Abgrenzung einer Familie nicht immer eindeutig und beruht häufig allein auf Plausibilitätsüberlegungen.

Trotz dieser Einschränkungen bietet sich der Mikrozensus an, um das Geburtenverhalten in Ostdeutschland nach der Wende zu untersuchen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Befragungsdatensätzen stellt der Mikrozensus genügend Fallzahlen zur Verfügung, um kohorten- und bildungsspezifische Unterschiede im Verhalten in Ostdeutschland detailliert zu untersuchen.

4.2 Stichprobenauswahl

In den Analysen werden nur Frauen, die maximal 36 Jahre zum Befragungszeitpunkt sind und in Privathaushalten am Wohnsitz der Lebensgemeinschaft leben, verwendet. Wenn man davon ausgeht, dass Geburten vor dem Alter 18 sehr selten sind, dann waren die Kinder dieser Befragten zum Interviewzeitpunkt höchstens 18 Jahre alt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder der Befragten den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben, dürfte relativ gering sein. Verzerrungen ergeben sich prinzipiell daraus, dass Kinder auf Grund von Scheidung und Trennung der Eltern nicht mehr im Haushalt der Befragten leben. In der Mehrzahl der Fälle bleiben die Kinder nach der Trennung der Eltern bei der Mutter, so dass für unsere Analysen, die sich allein auf weibliche Befragte stützen, die Verzerrungen gering sein sollten.

4.3 Variablen

In den Analysen wird das Alter bei Geburt des ersten Kindes als Differenz zwischen dem Alter des ältesten Kindes in der Familie und dem Alter der Befragten generiert. Um eine Familie abzugrenzen, wird das neue Konzept der Lebensformen verwendet, wonach auch eine nichteheliche Lebensgemeinschaft als Familie definiert ist. Das Statistische Bundesamt hat zur Abgrenzung einer Familie generierte Variablen zur Verfügung gestellt, die in den Analysen verwendet werden.⁴ Unterschieden wird des Weiteren zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Ost-West-Unterscheidung ist nach dem Wohnort zum Interviewzeitpunkt vorgenommen worden. Zu den ostdeutschen Befragten zählen alle Personen, die in den östlichen Bundesländern (ohne West-Berlin) leben. Zu den westdeutschen Befragten zählen jene Personen, die in den westlichen Bundesländern (mit West-Berlin) leben. Dass einige Personen, die in der DDR aufgewachsen sind in die westlichen Bundesländer migriert sind bzw. dass einige Personen, die in der ehemaligen BRD aufgewachsen sind nach 1990 nach Ostdeutschland migriert sein können, muss hier unberücksichtigt bleiben.

Das Bildungsniveau wurde über den allgemeinen Schulabschluss operationalisiert. Prinzipiell könnte man argumentieren, dass die berufliche Bildung ein besserer Indikator ist, um Arbeitsmarktoptionen und die berufliche Orientierung einer Person anzuzeigen. Bei der deskriptiven Analyse des Erstgeburtverhaltens ist die Verwendung der tertiären Bildungsabschlüsse jedoch problematisch, da die Bildungsabschlüsse zu einem Zeitpunkt im Lebenslauf erzielt werden, zu dem Befragte schon längere Zeit ein Kind hätten bekommen können.⁵ Der allgemeine Schulabschluss ist in diesem Zusammenhang eine deutlich weniger problematische Variable, weil er zu einem relativ frühen Zeitpunkt erzielt wird und Personen nur selten im späteren Lebenslauf einen Schulabschluss nachholen. Den Schulabschluss wurde in drei Kategorien gruppiert. Unterschieden wurde zwischen (1) Befragte mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss (2) Befragte mit Realschulabschluss oder Abschluss der

⁴ Eine Familie ist eine Einheit, die im gleichen Haushalt unter der gleichen laufenden Nummer der Lebensgemeinschaft lebt (Variable ef643).

⁵ Berechnet man bspw. das Alter bei Erstgeburt nach dem höchsten Bildungsabschluss zum Befragungszeitpunkt, trägt man u.a. dem Umstand keine Rechnung, dass das Bildungszertifikat nach der Familiengründung erzielt worden sein kann. Um der dynamischen Natur der Bildungsbeteiligung im Fertilitätsprozess Rechnung tragen zu können, werden häufig ereignisanalytische Modelle geschätzt, in denen Bildungsniveau und Bildungsbeteiligung als zeitabhängige Kovariaten modelliert werden. Ein wesentlicher Nachteil dieser Modelle ist jedoch, dass sie keine greifbaren Kennziffern der zentralen Tendenz (z.B. Median) zur Verfügung stellen (Hoem und Kreyenfeld 2006).

Polytechnischen Oberschule der DDR (3) Befragte mit Fachabitur, Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Tabelle 2 gibt die Verteilung der Stichproben nach Bildungsabschlüssen wieder. In Westdeutschland ist der Anteil der Frauen mit Abitur über die Kohorten hinweg leicht gestiegen. Für die jüngeren Kohorten liegt der Anteil der Frauen mit einem derartigen Abschluss bei 37 Prozent. Etwa 32 Prozent der westdeutschen Frauen haben einen Realschulabschluss, 27 Prozent haben eine Hauptschulabschluss oder keinen Abschluss. Für etwa 5 Prozent der Befragten liegen keine Informationen zum Bildungsabschluss vor. In Ostdeutschland lässt sich für die älteren Kohorten eine sehr homogene Bildungsverteilung feststellen. Die weite Mehrzahl der Frauen hat einen Abschluss der Polytechnischen Oberschule der DDR.⁶ Der Anteil der Frauen mit Abitur ist in Ostdeutschland über die Kohorten hinweg deutlich angestiegen und beträgt, ähnlich wie in Westdeutschland, für die jüngeren Kohorten 39 Prozent.

Tabelle 2: Bildungsniveau zum Interviewzeitpunkt, Frauen der Kohorten 1962-1977

| Kohorte | 1962-1965 | 1966-1969 | 1970-1973 | 1974-1977 |
|-----------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Alter bei Interview | 33-36 | 33-36 | 31-34 | 27-30 |
| Interviewzeitpunkt | 1998 | 2002 | 2004 | 2004 |
| Westdeutschland | | | | |
| Kein Abschluss/ Hauptschule | 36,1 | 30,5 | 29,5 | 27,0 |
| Realschulabschluss/ POS | 34,1 | 37,0 | 34,1 | 31,5 |
| Abitur | 26,5 | 29,0 | 31,8 | 36,8 |
| Fehlende Angaben | 3,3 | 3,5 | 4,6 | 4,8 |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Fallzahlen | 13.363 | 12.998 | 10.112 | 8.747 |
| Ostdeutschland | | | | |
| Kein Abschluss/ Hauptschule | 4,4 | 4,2 | 4,2 | 9,7 |
| Realschulabschluss/ POS | 76,1 | 74,0 | 68,9 | 47,8 |
| Abitur | 17,2 | 19,6 | 23,9 | 38,5 |
| Fehlende Angaben | 2,3 | 2,3 | 3,0 | 4,0 |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Fallzahlen | 3.045 | 2.386 | 1.932 | 1.656 |

Quelle: Mikrozensus 1998, 2002, 2004, eigene Berechnungen

⁶ Einige Studien unterscheiden zwischen POS-Abschluss 8. Klasse und POS-Abschluss 10. Klasse. Mit den Daten des Mikrozensus ist diese Unterscheidung nicht möglich.

5 Ergebnisse

5.1 Der Aufschub der Familiengründung nach 1990

Um Veränderungen im Alter bei Familiengründung abzubilden, wurden in einem ersten Schritt Survivalfunktionen nach Kohorte und nach Ost- und Westdeutschland geschätzt. Survivalfunktionen geben den Anteil der Personen an, die bis zu einem bestimmten Alter ein Ereignis erfahren haben. Eine zentrale Kennziffer, die auf Basis einer Survivalfunktion generiert werden kann, ist der Median, der das Alter angibt, zu dem die Hälfte der Personen ein Kind bekommen hat. Als Verfahren, um die Schätzwerte zu generieren, wurde die Sterbetafelmethode angewandt. Der Median wurde durch lineare Interpolation der Survivalfunktionen geschätzt.⁷

Abbildung 1 gibt die nach Kohorten differenzierten Ergebnisse für Westdeutschland wieder. Prinzipiell würde man einen kontinuierlichen Anstieg des Alters bei Familiengründung für Westdeutschland erwarten. Bisherige Studien haben gezeigt, dass dieser Anstieg etwa mit der Kohorte 1950 einsetzte und die folgenden Jahrgänge die Familiengründung kontinuierlich in ein höheres Alter aufgeschoben haben (Huinink 1995b; Kreyenfeld 2002). Hullen (2003: 31) zeigt mit Daten des Familiensurveys, dass sich der Aufschubprozess jedoch für die jüngeren Jahrgänge deutlich verlangsamt hat. Unsere Analysen bestätigen insgesamt diese Einschätzung. Waren die Kohorten 1962-1965 noch 28,7 Jahre als sie ihr erstes Kind bekamen, liegt der Median für die Kohorten 1966-1969 bei 29,6 Jahren. Für die darauf folgenden Kohorten lässt sich nur ein geringfügiger Anstieg im Erstgeburtsalter feststellen.

In Ostdeutschland wurde die Wiedervereinigung von einem unmittelbaren Einbruch der jährlichen Geburtenziffern begleitet (Eberstadt 1994; Witte und Wagner 1995; Konietzka und Kreyenfeld 2004). Dieser Einbruch hing eng mit einem Aufschub der Familiengründung in ein höheres Alter zusammen, was sich auch in unseren Analysen wieder spiegelt (Abbildung 2). Die Kohorten 1962-1965 haben im Wesentlichen noch zu DDR-Zeiten mit der Familiengründung begonnen. Im Mittel waren

⁷ Da nur jahresgenaue Angaben zum Geburtsjahr der Frau und dem Geburtsjahr des Kindes vorliegen, würden die Werte, die sich auf Basis der Sterbetafelmethode ergeben, das Alter bei Erstgeburt überschätzen. Um eine derartige Verzerrung zu vermeiden, wurden in den Analysen monatsgenaue Angaben zum Geburtsjahr der Frau und zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes mit Hilfe eines Zufallsprozesses generiert. Auf Basis dieser monatsgenauen Informationen wurden die Survivalfunktionen geschätzt und die Medianwerte berechnet. Da die Mikrozensusbefragung im Frühjahr eines Jahres durchgeführt wird, liegen für das Befragungsjahr keine vollständigen Informationen vor. Auch dieser Umstand wurde in den Analysen berücksichtigt.

Frauen dieses Jahrgangs 22,5 Jahre alt als sie ihr erstes Kind bekamen. Die darauf folgenden Jahrgänge haben sukzessive die Familiengründung in ein späteres Alter aufgeschoben. Für die Kohorten 1974-77 liegt das mittlere Alter bei Erstgeburt bei 28 Jahren und damit mehr als sechs Jahre höher als für die Vorwendejahrgänge. Beachtlich ist dennoch, dass ostdeutsche Frauen damit immer noch jünger bei Familiengründung sind als ihre westdeutschen Gegenüber.

Abb. 1: Anteil kinderloser Frauen nach Alter, Survivorfunktionen, Westdeutschland Kohorten 1962-77

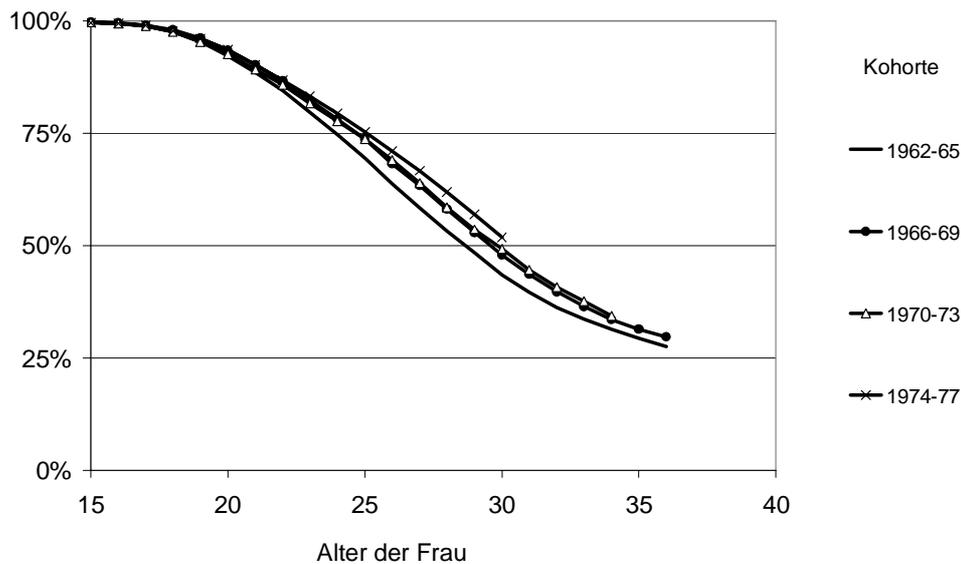
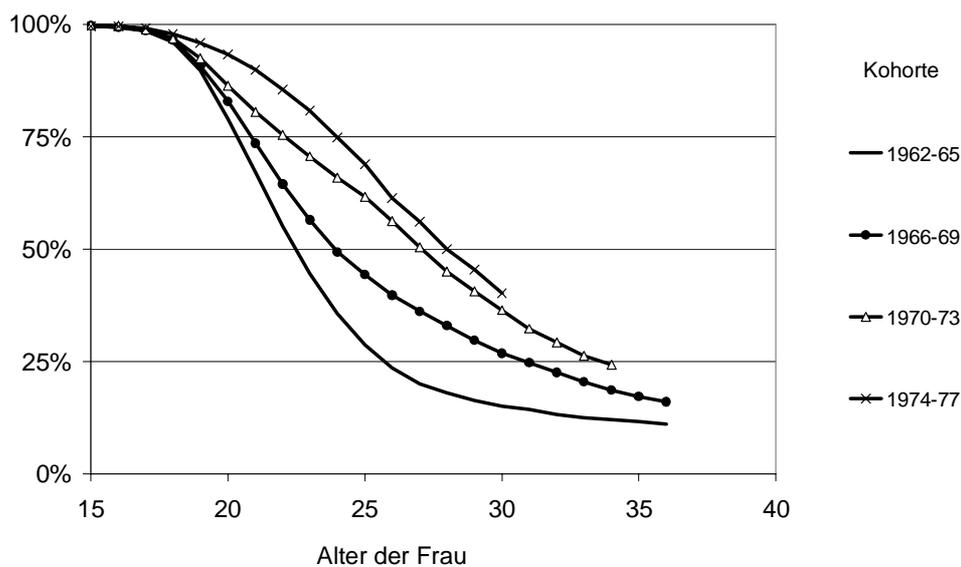


Abb. 2: Anteil kinderloser Frauen nach Alter, Survivorfunktionen, Ostdeutschland Kohorten 1962-77



Anmerkung: Das Vorhandensein eines Kindes und das Alter bei Erstgeburt wurden auf Basis von Informationen zur Anzahl und zum Alter der Kinder, die zum Befragungszeitpunkt im Haushalt leben, generiert. Die Survivalfunktionen wurden auf Basis der Sterbetafelmethode berechnet.
 Quelle: Mikrozensus 1998, 2000 und 2004, eigene Berechnungen

5.2 Schulbildung und Familiengründung

Im nächsten Schritt wurden Survivalfunktionen nach Bildungsniveau und dem Ost-West-Indikator geschätzt. Die Survivalkurven sind im Anhang abgebildet (siehe Abb. A1-A8). Tabelle 3 gibt einen Überblick der Mediane der Survivalfunktionen. Für die jüngsten Kohorten lassen sich für Frauen mit Abitur noch keine Mediane generieren. Zur Interpretation des Verhaltens dieser Kohorten wurden Quartilsmaße berechnet.

Betrachtet man das Geburtenverhalten in Westdeutschland fallen deutlich bildungsspezifische Unterschiede auf. In der ältesten Kohorte (1962-1965) sind westdeutsche Frauen mit Abitur im Mittel 33 Jahre bei Geburt des ersten Kindes; Frauen mit Realschluss sind etwa 28 und Frauen mit Hauptschul- bzw. keinem Abschluss etwa 26 Jahre alt. Für alle Bildungsgruppen ist das Alter bei Erstgeburt über die Kohorten hinweg leicht angestiegen. Da dieser Anstieg für alle Bildungsgruppen ähnlich verlaufen ist, hat sich an den bildungsspezifischen Unterschieden über die Kohorten hinweg nur wenig verändert. Frauen mit Abitur sind im Schnitt fünf Jahre älter, wenn sie Mutter werden als Frauen mit einem Realschulabschluss und sieben Jahre älter als Frauen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Abschluss.

In den ostdeutschen Kohorten, die zwischen 1962 bis 1965 geboren wurden, sollte sich noch das DDR-typische Verhalten spiegeln. Dies bedeutet insbesondere, dass bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten gering ausfallen sollten. Vergleicht man Frauen mit einem Abschluss der Polytechnischen Oberschule und Frauen mit Abitur, stellt man dennoch Unterschiede fest. Frauen mit Abitur waren im Mittel fast 25 Jahre, Frauen mit POS-Abschluss 22 Jahre und damit drei Jahre jünger bei der Geburt des ersten Kindes. Die Altersdifferenz ist zwar deutlich geringer als in Westdeutschland, jedoch deuten diese Analysen darauf hin, dass auch in der DDR die Bildung der Frau eine aufschiebende Wirkung auf die Familiengründung hatte.

Auffallend ist das Verhalten der ostdeutschen Frauen ohne Schulabschluss. Wie aus Abbildung A5 im Anhang zu sehen ist, hat ein Teil dieser Population in einem recht frühen Alter das erste Kind bekommen, jedoch ist der Anteil kinderloser Frauen im späteren Alter ebenfalls recht hoch.⁸ Bei der Interpretation dieses Ergebnis-

⁸ Dieses Ergebnis mag sich zum Teil durch die den Analysen zu Grunde liegende Definition der Kinderlosigkeit erklären, wonach eine Frau kinderlos ist, wenn sie nicht mit einem Kind im selben Haushalt zusammen wohnt. Falls es viele Teenagegeburten unter den Frauen, die weniger als einen POS-Abschluss hatten, gab, dann können die Kinder dieser Befragten schon zum Interviewzeitpunkt den elterlichen Haushalt verlassen haben. Der Mikrozensus würde dann keine verlässlichen Auskünfte für diese Bildungsgruppe mehr geben können. Studien, die auf anderen

ses muss berücksichtigt werden, dass in der DDR der Besuch der Polytechnischen Oberschule die Basisschulbildung war. Die politischen Bemühungen zielten darauf ab zu gewährleisten, dass alle Personen einen derartigen Abschluss erzielten. Frauen, die keinen Abschluss hatten, stellen eine hoch selektive Gruppe dar, die sich wahrscheinlich auch im Hinblick auf ihre gesundheitliche Disposition unterscheidet, ein Aspekt, der wiederum mit der Fekundität korreliert ist.

Für die ostdeutschen Kohorten, die nach 1965 geboren wurden, lässt sich ein rapider Anstieg des Alters bei Erstgeburt feststellen, wobei dieser Anstieg für Frauen mit Abitur stärker ausfällt als für Frauen mit POS-Abschluss. Ein wesentlicher Grund für dieses Muster sind die bereits vor der Wende bestehenden bildungsspezifischen Unterschiede im Geburtenverhalten, was sich am eindrucksvollsten an dem Verhalten der Kohorten 1966-1969 festmachen lässt:

Die Kohorten 1966-1969 waren zur Wiedervereinigung etwa 22 Jahre alt. Das Medianalter der Familiengründung für Frauen mit POS-Abschluss lag in der DDR bei 22 Jahren. Somit sollte die Hälfte der POS-Absolventinnen dieser Kohorten noch vor der Wende das erste Kind bekommen haben. Frauen mit Abitur waren etwa drei Jahre älter bei erster Mutterschaft. Im Gegensatz zu den Frauen mit POS-Abschluss hatten die Frauen mit Abitur damit mehrheitlich zur Wiedervereinigung noch kein Kind. Da sie zu diesem Zeitpunkt noch kinderlos waren, liegt es nahe, dass sie auf Grund der vereinigungsbedingten Umbrüche die Familiengründung aufgeschoben haben. Mit anderen Worten: Die Wiedervereinigung traf Frauen derselben Kohorte unterschiedlich, je nachdem, welchen Bildungsabschluss sie hatten. Dies wiederum hat bedeutende Konsequenzen für die bildungsspezifischen Unterschiede im Geburtenverhalten. Für die unmittelbaren „Wendejahrgänge“ ist damit mit zunehmenden bildungsspezifischen Disparitäten im Geburtenverhalten zu rechnen. Vergleicht man den Median des Alters bei erster Mutterschaft von Frauen mit POS und Abitur für die Kohorten 1966-1969, stellt man einen Unterschied von etwa fünf Jahren fest.

Auch für die darauf folgenden Kohorten (Kohorten 1970-1973) lassen sich in Ostdeutschland erhebliche bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten erkennen. Auch hier ist noch zu berücksichtigen, dass ein gewisser Teil der Frauen dieser Jahrgänge schon ein erstes Kind vor der Wende bekommen hatte und dass dieser Anteil für die Frauen mit POS-Abschluss höher ist als für Frauen mit Abitur.

Datensätzen beruhen, bestätigen jedoch die Einschätzung, dass die Kinderlosigkeit unter den Frauen ohne Abschluss höher ist als unter den anderen Bildungsgruppen (Kreyenfeld 2004).

Die Kohorten 1974-1977 sind die ersten Jahrgänge, die nach der Wende in das reproduktive Alter eingetreten ist. Dies bedeutet, dass dies auch die ersten Kohorten sind, deren bildungsspezifische Geburtenmuster nicht mehr durch Unterschiede im Vorwenderverhalten geprägt sind. Auch sind dies die ersten Jahrgänge, die ihre Schulabschlüsse nach der Wende und damit nach der Transformation des ostdeutschen Bildungssystems erzielt haben (Anweiler 2000). Obwohl nicht alle Bundesländer in gleicher Weise das dreigliedrige Schulsystem mit seiner Unterteilung in Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Abitur einführen, ist der Anteil der Personen, die weniger als einen Realschulabschluss erzielten, in diesen „Nachwendejahrgängen“ deutlich angestiegen. Im Gegensatz zu den „Vorwenderkohorten“ stellt diese Gruppe keine sonderlich selektive Population mehr dar.

Betrachtet man das Fertilitätsmuster dieser Kohorten, lässt sich eine auffallende Ähnlichkeit zum Verhalten in Westdeutschland feststellen. Dennoch gilt für alle ostdeutschen Bildungsgruppen, dass sie früher Mutter wurden als westdeutsche Frauen. Besonders groß sind die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Frauen mit Abitur. Das 1. Quartil (Zeitpunkt zu dem 25 Prozent ein erstes Kind bekommen haben) liegt im Westen für Frauen mit Abitur bei etwa 30 Jahren, im Osten dagegen bei nur 27 Jahren und damit um drei Jahre niedriger. Inwiefern sich eine Annäherung der Medianwerte ergeben wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Ebenso wenig lässt sich zu diesem Zeitpunkt die bildungsspezifische Entwicklung der endgültigen Kinderlosigkeit verlässlich beurteilen.

Tabelle 3: Medianalter bei Geburt des ersten Kindes, Frauen der Kohorten 1962-1977

| | Kohorte | Kohorte | Kohorte | Kohorte |
|-----------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1962-1965 | 1966-1969 | 1970-1973 | 1974-1977 |
| Westdeutschland | | | | |
| Kein Abschluss/ Hauptschule | 25,7 | 25,9 | 25,9 | 25,3 |
| Realschulabschluss/ POS | 28,4 | 29,2 | 29,2 | 29,5 |
| Abitur | 32,9 | 33,1 | 33,3 | -- |
| Alle | 28,7 | 29,6 | 29,8 | ~30 |
| Ostdeutschland | | | | |
| Kein Abschluss/ Hauptschule | 22,8 | 25,3 | 25,6 | 24,4 |
| Realschulabschluss/ POS | 22,0 | 23,0 | 25,8 | 26,2 |
| Abitur | 24,7 | 28,3 | 31,1 | -- |
| Alle | 22,5 | 23,9 | 27,1 | 28,1 |

Anmerkung: Fälle mit fehlenden Informationen zum Bildungsniveau wurden nicht berücksichtigt.
Quelle: Mikrozensus 1998, 2002, 2004, eigene Berechnungen

6 Zusammenfassung

Ziel dieses Beitrags war es, einen Überblick über die bildungsspezifischen Unterschiede im Alter bei der Familiengründung in Ost- und Westdeutschland vor und nach der Wende zu geben. Ausgangspunkt unserer theoretischen Überlegungen war die allgemeine These, dass höher qualifizierte Frauen eher kinderlos bleiben und später das erste Kind bekommen als weniger qualifizierte Frauen, da sich eine Mutterschaft, insbesondere während des Studiums und der Phase der Etablierung im Arbeitsmarkt, hemmend auf die zukünftigen Erwerbschancen auswirkt. Es wurde ferner argumentiert, dass auf Grund der besseren strukturellen Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Kind und Beruf und der stark vorstrukturierten Erwerbsverläufe diese Hypothese für die DDR weniger plausibel gewesen ist, so dass die bildungsspezifischen Unterschiede im Geburtenverhalten dort geringer ausgefallen sein sollten. Für Westdeutschland wurde vermutet, dass sich auf Grund der strukturellen Unvereinbarkeit von Kind und Beruf große bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten ergeben. Da die arbeitsmarkt- und familienpolitischen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland nach der Wende ähnlich sind wie in Westdeutschland, liegt es nahe zu vermuten, dass eine Angleichung an westdeutsche Verhaltensmuster stattgefunden hat. Dennoch ist zu erwarten, dass auf Grund des besseren Angebots an öffentlicher Kinderbetreuung die bildungsspezifischen Unterschiede im Fertilitätsverhalten in Ostdeutschland geringer ausfallen.

Die empirischen Analysen, die sich auf Daten des Mikrozensus stützen, haben nur zum Teil die Hypothesen bestätigt. Für Westdeutschland lassen sich substantielle bildungsspezifische Unterschiede im Erstgeburtverhalten konstatieren. Für die Kohorten 1962-1965 lag beispielsweise das Medianalter bei erster Mutterschaft für Frauen mit Abitur bei 33 Jahren, für Frauen mit Realschulabschluss bei 28 Jahren und für Frauen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss bei etwa 26 Jahren. Seit diesen Kohorten ist das Alter bei erster Mutterschaft für alle Bildungsgruppen leicht angestiegen; ohne dass sich die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen deutlich verändert haben.

Für Ostdeutschland vor der Wende bestätigt sich im Wesentlichen unsere Einschätzung, dass die bildungsspezifischen Variationen im Erstgeburtverhalten gering waren. Dennoch waren Frauen mit Abitur fast drei Jahre älter bei erster Mutterschaft

als Frauen mit POS-Abschluss. Ganz im Gegensatz zu unserer Hypothese steht das Verhalten der darauf folgenden ostdeutschen Kohorten. Für die Kohorten, die zwischen 1966 und 1969 geboren wurden, zeigt sich ein drastischer Anstieg der bildungsspezifischen Fertilitätsunterschiede. Vergleicht man Frauen mit POS-Abschluss und Frauen mit Abitur, fallen die Unterschiede sogar noch größer aus als die Unterschiede zwischen westdeutschen Frauen mit Realschulabschluss und Abitur. Erklären lässt sich dies damit, dass bereits vor der Wende bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten existierten. Frauen mit POS-Abschluss der Kohorten 1966- 1969 haben häufiger noch vor der Wende das erste Kind bekommen als Frauen mit Abitur. Da Frauen mit Abitur zur Wende damit eher kinderlos waren, haben sie, auf Grund der vereinigungsbedingten Umbrüche, die Familiengründung häufiger in ein späteres Alter aufgeschoben als andere Frauen. Die Quintessenz daraus ist, dass die Wiedervereinigung die unterschiedlichen Bildungsgruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in ihren Fertilitätskarrieren getroffen hat, was unmittelbar zu einer Zunahme der bildungsspezifischen Variationen im Erstgeburtverhalten geführt hat.

Für die jüngeren Kohorten, die erst nach der Wende in das reproduktive Alter eingetreten sind, spielen solche Überlegungen keine Rolle mehr. Zwar lässt sich für die Kohorten 1974-1977 noch kein Median berechnen, jedoch deuten die Quartilswerte darauf hin, dass auch ostdeutsche Frauen dieser Kohorten jünger bei der Familiengründung sind als westdeutsche Frauen; dies gilt insbesondere für Frauen mit Abitur. Damit gibt es zumindest einen schwachen Hinweis darauf, dass die besseren Bedingungen zur Vereinbarkeit von Kind und Beruf in Ostdeutschland für höher qualifizierte Frauen der „Nachwendejahrgänge“ eine raschere Familiengründung ermöglicht haben.

Die empirischen Analysen haben viele Aspekte unberücksichtigt lassen müssen. So haben sich die Analysen auf einfache bivariate Zusammenhänge zwischen Bildung und Fertilität konzentriert und intervenierende Faktoren unberücksichtigt gelassen. Zudem wurde in den Analysen nur die Schulbildung, jedoch nicht die berufliche Bildung herangezogen. Dies wurde aus pragmatischen Gründen getan. Sieht man von Teenageschwangerschaften ab, wird der Schulabschluss erworben, bevor eine Person in das reproduktive Alter tritt. Damit lässt sich die Schulbildung als fixe Kovariate im Fertilitätsprozess betrachten, was es wiederum ermöglicht, einfache deskriptive Methoden anzuwenden, um Kennziffern wie das Medianalter bei Erstgeburt zu generieren. Der Nachteil dieser Vorgehensweise ist, dass die Schulbildung nur be-

dingt über Erwerbsorientierung und Arbeitsmarkterfolg Auskunft geben kann. Auch liefert diese Variable nur geringe Differenzierungsmöglichkeiten, da gerade in Ostdeutschland die Komposition der Bevölkerung sehr homogen ist. Interessant wäre es, Indikatoren zur Berufs- und Erwerbspositionen zu verwenden, die eine stärkere Differenzierung möglich machen und die im direkteren Bezug zur Bildungs- und Erwerbskarriere stehen. Da diese Faktoren im Lebenslauf starken Veränderungen unterworfen sind, lässt sich deren Einfluss auf die Familiengründung nur mit Hilfe von Verfahren beantworten, die der dynamischen Natur der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung im Fertilitätsprozess Rechnung tragen.

Danksagung

Ich danke Cordula Zabel, Dirk Konietzka und Steffen Ventz für hilfreiche Kommentare und Unterstützung bei der Fertigstellung dieses Artikels.

Literatur

Adler, M.A. (1997): Social change and decline in marriage and fertility in Eastern Germany. *Journal of Marriage and the Family* 59: 37-49.

Albrecht, J.W./ Edin, P.A. /Sundström, M./ Vroman, S.B. (1999): Career interruptions and subsequent earnings: A reexamination using Swedish data. *Journal of Human Resources* 34: 295-311.

Anweiler, O. (2000): Bildungspolitik/ Bildungswesen. In: Andersen, U./ Woyke, W. (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 4. Auflage. Opladen, Leske und Budrich.

Becker, G.S. (1960): An economic analysis of fertility. *NBER Conference Series No. 11*. Princeton: 209-231.

Becker, G.S. (1993): *A Treatise on the Family*. Enlarged Edition. Cambridge, Harvard University Press.

Berghahn, S./ Fritzsche, A. (1991): Frauenrecht in Ost- und Westdeutschland: Bilanz, Ausblick. Basisdruck-Verlag, Berlin.

Bielenski H./ Brinkmann C./ Kohler B. (1995): Erwerbsverläufe seit der Wende in Ostdeutschland: Brüche und Kontinuitäten. *IAB Werkstattbericht* Heft 6.

Bird, E.J./ Schwarze, J./ Wagner G.G. (1994): Wage effects of the move toward free markets in East Germany. *Industrial and Labor Relations Review* 47: 390-400.

Blossfeld H.P./ Huinink J. (1991): Human capital investment or norms of role transition? How women's schooling and career affect the process of family formation. *American Journal of Sociology* 97: 143-168.

BMFSFJ (2006): Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes. Kabinettsbeschluss vom 14. Juni 2006. Berlin. <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=76728.html> abgerufen am 14.7.2006

Böckmann-Schewe L./ Röhrig A./ Kulke, C. (1993): Berufsverlauf und weiblicher Lebenszusammen-

- hang: Kontinuitäten und Brüche im Leben von Frauen in den neuen Bundesländern. *Zeitschrift für Frauenforschung* 11: 47-63.
- Braun, M./ Scott, J./ Alwin, D.F. (1994): Economic necessity or self-actualization? Attitudes toward women's labour-force participation in East and West Germany. *European Sociological Review* 10: 29-47.
- Brinkmann, C. (1999): Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland. In: Wiedemann, E. (et al.) (Hg.): *Die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Herausforderung in Ostdeutschland*. Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit: 311-351.
- Brinkmann, C./ Wiedemann, E. (1995): Arbeitsmarktrisiken im ostdeutschen Transformationsprozess: Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors 1989 bis 1994. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 28: 323-338.
- Brücker, H. (1997): *Privatization in Eastern Germany. A Neo-Institutional Analysis*. London, Frank Cass.
- Cornelius I. (1990): Familien- und Bevölkerungspolitik in der DDR. *Arbeit und Sozialpolitik*, Heft 8/9: 308-316.
- Cromm, J. (1998): *Familienbildung in Deutschland. Soziodemographische Prozesse, Theorie, Recht und Politik unter besonderer Berücksichtigung der DDR*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Deutsches Jugendinstitut (2005): *Zahlenspiegel 2005. Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik*. München, DJI.
- Dingeldey, I. (2001). European tax systems and their impact on family employment patterns. *Journal of Social Policy* 4: 563-672.
- Dorbritz, J./ Ruckdeschel, K. (2006): Kinderlosigkeit in Deutschland - Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe. In: Konietzka, D./ Kreyenfeld, M. (Hg.) (2006): *Ein Leben ohne Kinder. Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit*. Wiesbaden, VS-Verlag (Im Erscheinen).
- Dorbritz, J. (1997): Der demographische Wandel in Ostdeutschland - Verläufe und Erklärungsansätze. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 22: 239-268.
- Duschek, K. J./ Wirth, H. (2005): Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensus 1987 bis 2003. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8: 800-820.
- Eberstadt, N. (1994): Demographic shocks after communism: Eastern Germany, 1989-93. *Population and Development Review* 20: 137-152.
- Emmerling, D. / Riede T. (1997): Vierzig Jahre Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik* 3: 160-174.
- Engelbrech G./ Reinberg A. (1997): Frauen und Männer in der Beschäftigungskrise der 90er Jahre. *IAB Werkstattbericht* Heft 11.
- Engelbrech, G./ Jungkunst, M. (1998): Erwerbsbeteiligung von Frauen und Kinderbetreuung in ost- und westdeutschen Familien. *IAB Werkstattbericht*, Heft 2.
- Esping-Andersen, G. (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford, Oxford University Press.
- Frerich J./ Frey M. (1993): *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*. (Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik.) München, Oldenbourg Verlag.
- Frick, J.R./ Hauser, R./ Müller, K./ Wagner, G.G. (1995): Income distribution in East Germany in the first five years after the fall of the wall. *Economic Policy in Transitional Economies* 5: 79-108.
- Gauthier, A.H. (1996): *The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries*. Oxford: Clarendon Press.
- Gornick, J.C./ Meyers, M.K. / Ross, K.E. (1998): Public policies and the employment of mothers: A cross-national study. *Social Science Quarterly* 79: 35-54.
- Gustafsson, S.S. (2001): Optimal age at motherhood: Theoretical and empirical considerations on postponement of maternity in Europe. *Journal of Population Economics* 14: 225-247.
- Gysi, J./ Speigner, W. (1983): *Changes in the Life Patterns of Families in the German Democratic Republic*. Institute of Sociology and Social Policy at the Academy of Sciences of the GDR, Berlin.

- Hank, K./ Kreyenfeld, M. (2003): A multilevel analysis of child care and women's fertility decisions in Western Germany. *Journal of Marriage and Family* 65: 584-596.
- Hirschman C (1994): Why fertility changes. *Annual Review of Sociology* 20: 203-233.
- Hullen, G. (2003): Tempo und Quantum der Reproduktion. In: Marbach, J./ Bien, W. (Hg.): *Partnerschaft und Familiengründung - Analysen der dritten Welle des Familiensurvey*. Opladen, Leske und Budrich: 13-42.
- Hoem J. (1986): The impact of education on modern family- union initiation. *European Journal of Population* 2: 113-133.
- Hoem, J.M./ Kreyenfeld, M. (2006): Anticipatory analysis and its alternatives in life-course research. Part 1: Education and first childbearing. Max-Planck Institute Rostock, *MPIDR Working Paper* 2006-006.
- Huinink, J. (1995a): Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung? In: Nauck, B. (et al.) (Hg.): *Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch*. Enke, Stuttgart: 39-55.
- Huinink, J. (1995b): *Warum noch Familie. Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft*. Frankfurt am Main, Campus.
- Huinink, J. (1999): Die Entscheidung zur Nichtehelichen Lebensgemeinschaft als Lebensform – Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. In: Klein, T./ Lauterbach, W. (Hg.): *Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen*. Opladen, Leske und Budrich: 113-138.
- Huinink, J. (2002): Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich. In: Schneider, N.F./Matthias-Bleck, H. (Hg.): *Elternschaft heute*. Opladen, Leske und Budrich: 49-73.
- Huinink, J./Kreyenfeld, K. (2006): Formation in times of abrupt social and economic change. In: Diewald, M. (et al.) (eds.): *After the Fall of the Wall. East German Life Courses in Transition*. Stanford, Stanford University Press. (Im Erscheinen)
- John, B./ Stutzer, E. (2002): Erwerbsverhalten von Erziehungsurlauberinnen. *Zeitschrift für Familienforschung* 3: 215-233.
- Klein, T./ Lauterbach, W. (1994): Bildungseinflüsse auf Heirat, die Geburt des ersten Kindes und die Erwerbsunterbrechung von Frauen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46: 278-298.
- Koch P./ Knöbel H.G. (1986): *Familienpolitik der DDR im Spannungsfeld zwischen Familie und Berufstätigkeit von Frauen*. Pfaffenweiler, Centaurus.
- Konietzka, D./ Kreyenfeld, M. (2004): Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. *Berliner Debatte Initial* 15: 26-41.
- Konietzka, D./ Kreyenfeld, M. (Hg.) (2006): Ein Leben ohne Kinder. Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit. Wiesbaden, VS-Verlag (Im Erscheinen).
- Kraval, Ø. (1996): How the local supply of day-care centers influences fertility in Norway: A parity-specific approach. *Population Research and Policy Review* 15(3): 201-218.
- Kreyenfeld, M. (2002): Parity specific birth rates for West Germany: an attempt to combine survey data and vital statistics. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 27: 327-357.
- Kreyenfeld, M. (2003): Crisis or adaptation reconsidered: A comparison of East and West German fertility in the first six years after the 'Wende'. *European Journal of Population* 19: 303-329.
- Kreyenfeld, M. (2004): Fertility decisions in the FRG and GDR. *Demographic Research* (Special Collection) 3: 276-318.
- Kreyenfeld, M./ Geisler, E. (2006): Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. *Zeitschrift für Familienforschung* (im Erscheinen).
- Kreyenfeld, M./ Spieß, K./ Wagner, G. (2001): *Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung*. Neuwied, Luchterhand.

- Krueger, A. B./ Pischke, J. S. (1995): A comparative analysis of East and West German labor markets: before and after Unification. In: Freeman, R.B./ Katz, L.F. (Hg.): *Differences and Changes in Wage Structures*. Chicago, University of Chicago Press: 405-445.
- Lappegård, T./ Rønsen, M. (2005): The multifaceted impact of education on entry into motherhood. *European Journal of Population* 21: 31-49
- Liefbroer A., Corijn M. (1999): Who, What, and When? Specifying the Impact of Educational Attainment and Labour Force Participation on Family Formation. *European Journal of Population*: 45-75.
- Lutz B./ Grünert H. (1996): Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989-1993. In: Burkart, L. (et al.) (Hg.): *Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe*. Opladen, Leske und Budrich: 69-120.
- Lutz, B./ Ketzmerick, T./ Wiener, B. (1999): Ausschlußrisiken und Grenzen herkömmlicher Arbeitsmarktpolitik – Einige Lektionen aus der ostdeutschen Entwicklung seit 1990/91. Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989-1993. In: Wiedemann, E. (et al.) (Hg.): *Die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Herausforderung in Ostdeutschland*. Nürnberg, Bundesanstalt für Arbeit: 267-287.
- Marini, M.M. (1984): Women's educational attainment and the timing of entry into parenthood. *American Sociological Review* 49: 491-511.
- Mayer, K. U./ Diewald, M./ Solga, H. (1999): Transitions to post-communism in East Germany: Work-life mobility of woman and men between 1989 and 1993. *Acta Sociologica* 42: 35-53.
- Nauck, B./ Joos, M. (1995): East joins west: child welfare and market reforms in the special case of the former GDR. *Innocenti Occasional Papers. Economic Policy Series* 48. Florence: UNICEF International Child Development Centre.
- Obertreis G. (1986): *Familienpolitik in der DDR 1946-1980*. Opladen, Leske und Budrich.
- Pascall, G./ Manning, N. (2000): Gender and social policy: comparing welfare states in Central and Eastern Europe and the former Soviet Union. *Journal of European Social Policy* 10: 240-266.
- Rindfuss R./ Morgan P./ Swicegood G. (1988): *First births in America: Changes in the timing of parenthood*. Berkeley, Los Angeles and London, University of California Press.
- Rindfuss, R.R./ Brewster, K.L. (1996): Childrearing and fertility. *Population and Development Review* 22 (Supplement): 258-289.
- Rindfuss, R.R./ Morgan, P.S./ Offutt, K. (1996): Education and the changing age pattern of American fertility: 1963-1989. *Demography* 33: 277-290.
- Rosenfeld, R.A. / Trappe, H./ Gornick, J.C. (2004): Gender and work in Germany: Before and after unification. *Annual Review of Sociology* 30: 103-124.
- Sackmann R./ Wingers M. (1996): Berufsverläufe im Transformationsprozeß. In: Diewald, M. (et al.) (ed.): *Zwischenbilanz der Vereinigung*. Opladen, Leske und Budrich: 11-88.
- Sainsbury, D. (1996): *Gender, Equality and Welfare States*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Schimpl-Neimanns, B (1998): Analysemöglichkeiten des Mikrozensus. *ZUMA-Nachrichten* 22: 91-122.
- Solga, H./ Konietzka, D. (1999): Occupational matching and social stratification: Theoretical insights and empirical observations taken from a German – German comparison. *European Sociological Review* 15: 25-47.
- Statistisches Amt der DDR (1990): *Statistisches Jahrbuch '90*. Berlin.
- Stier, H./ Lewin-Epstein, N./ Braun, M. (2001): Welfare regimes, family-supportive policies, and women's employment along the life-course. *American Journal of Sociology* 106: 1731-1760.
- Szydlik M (1994): Incomes in a planned and a market economy: the case of the German Democratic Republic and the 'former' Federal Republic of Germany. *European Sociological Review*: 199-217.
- Szydlik, M. (2002): Vocational education and labour markets in deregulated, flexibly coordinated and planned societies. *European Societies* 4: 79-105.
- Taniguchi H. (1999): The timing of childbearing and women's wages. *Journal of Marriage and the Family* 61: 1008-1019.

- Trappe H. (1995): *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin.
- Trappe H./ Rosenfeld R.A. (2000): How do children matter? A comparison of gender earnings inequality for young adults in the former East Germany and the former West Germany. *Journal of Marriage and the Family* 62: 489-507.
- Treas, J./ Widmer, E.D. (2000): Married women's employment over the life course: Attitudes in cross-national perspective. *Social Forces* 78: 1409-1436.
- Vortmann, H. (1988): Soziale Sicherung in der DDR. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32: 29-38.
- Wirth, H./ Müller, W. (2004): Mikrodaten der amtlichen Statistik - ihr Potenzial in der empirischen Sozialforschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft) 44: 93-127.
- Witte, J.C./ Wagner, G.G. (1995): Declining fertility in East Germany after unification: A demographic response to socioeconomic change. *Population and Development Review* 21: 387-397.
- Ziefle, A. (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen. *Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 213-231.
- Zühlke, S. (2000): *Beschäftigungschancen durch berufliche Mobilität? Arbeitslosigkeit, Weiterbildung und Berufswechsel in Ostdeutschland*. Sigma-Verlag, Berlin.

Anhang

Abb. A1: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Westdeutschland Kohorte 1962-1965

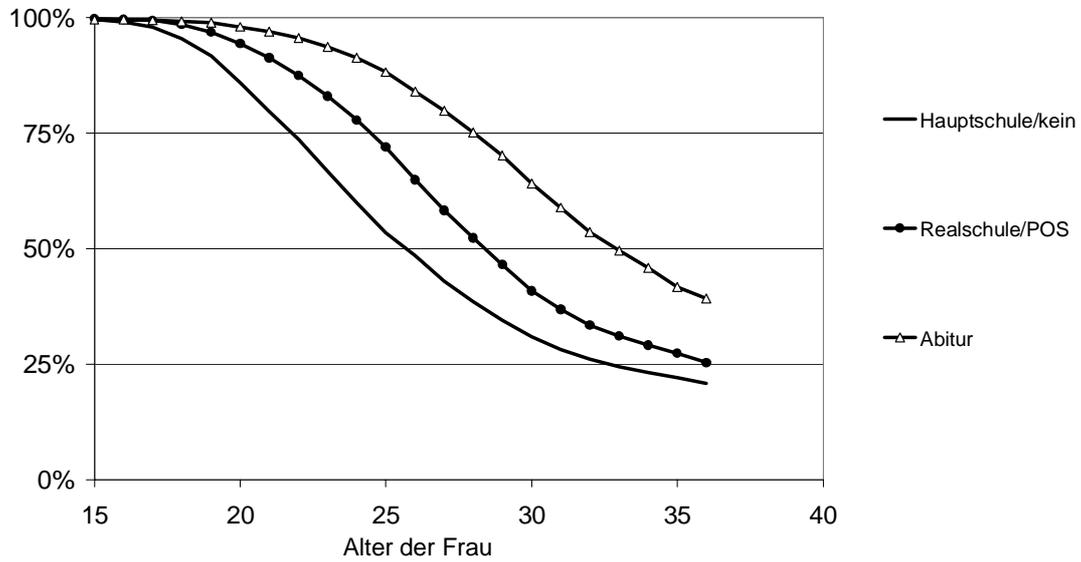


Abb. A2: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Westdeutschland Kohorte 1966-1969

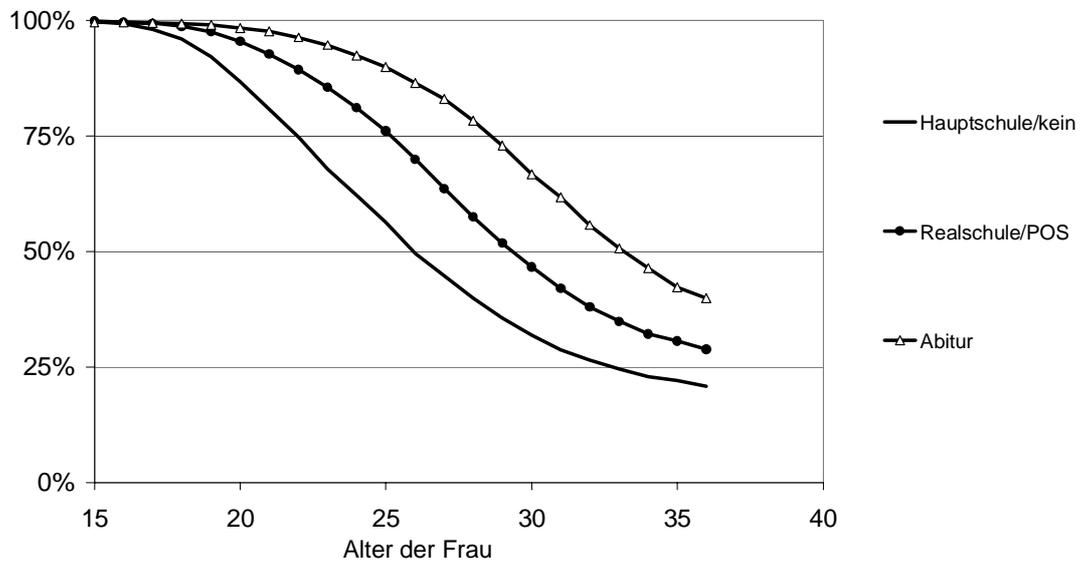


Abb. A3: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Westdeutschland Kohorte 1970-1973

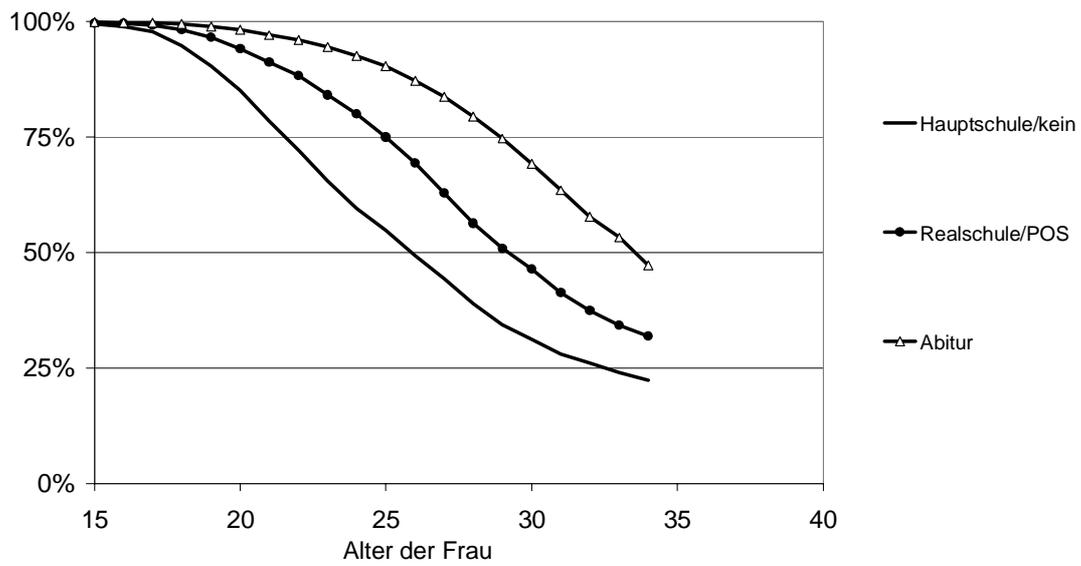


Abb. A4: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Westdeutschland Kohorte 1974-1977

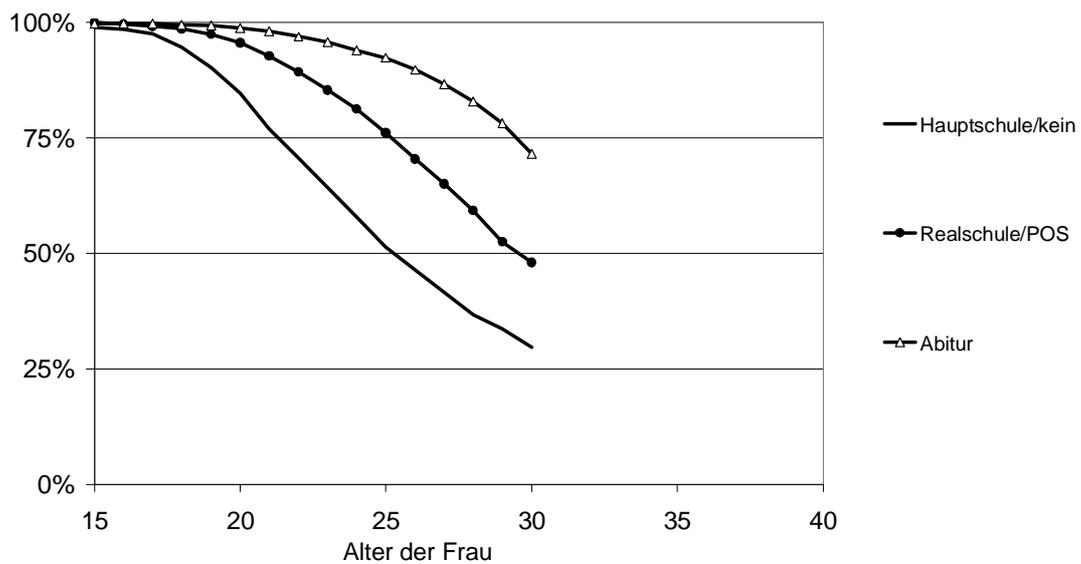


Abb. A5: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Ostdeutschland Kohorte 1962-1965

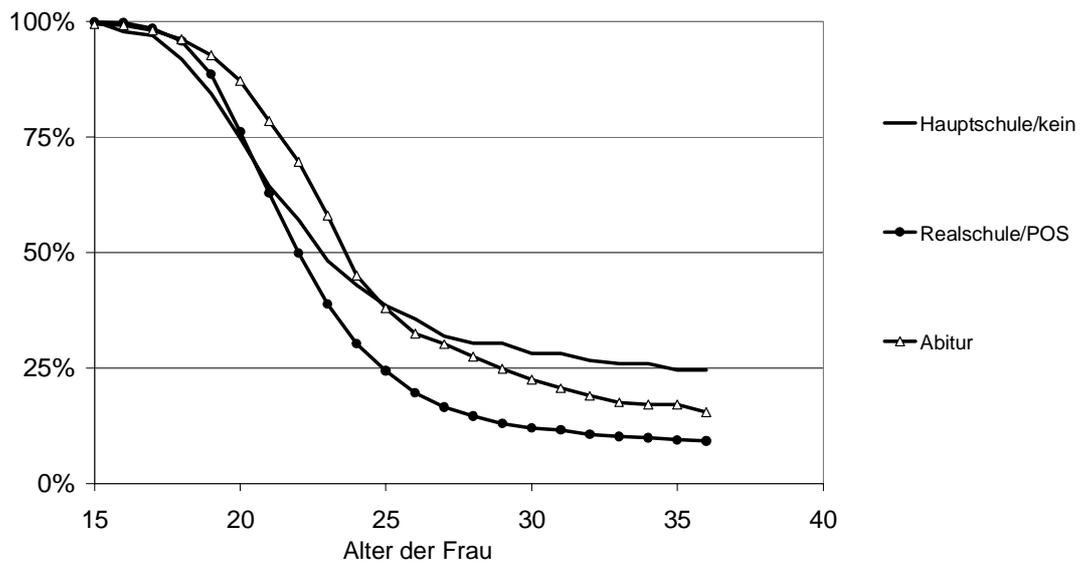


Abb. A6: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Ostdeutschland Kohorte 1966-1969

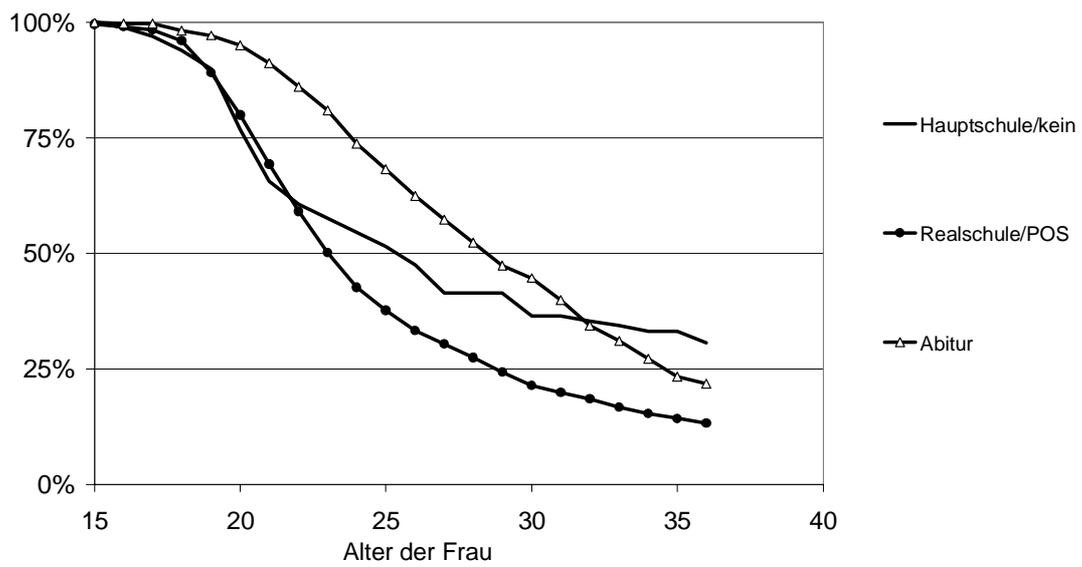


Abb. A7: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Ostdeutschland Kohorte 1970-1973

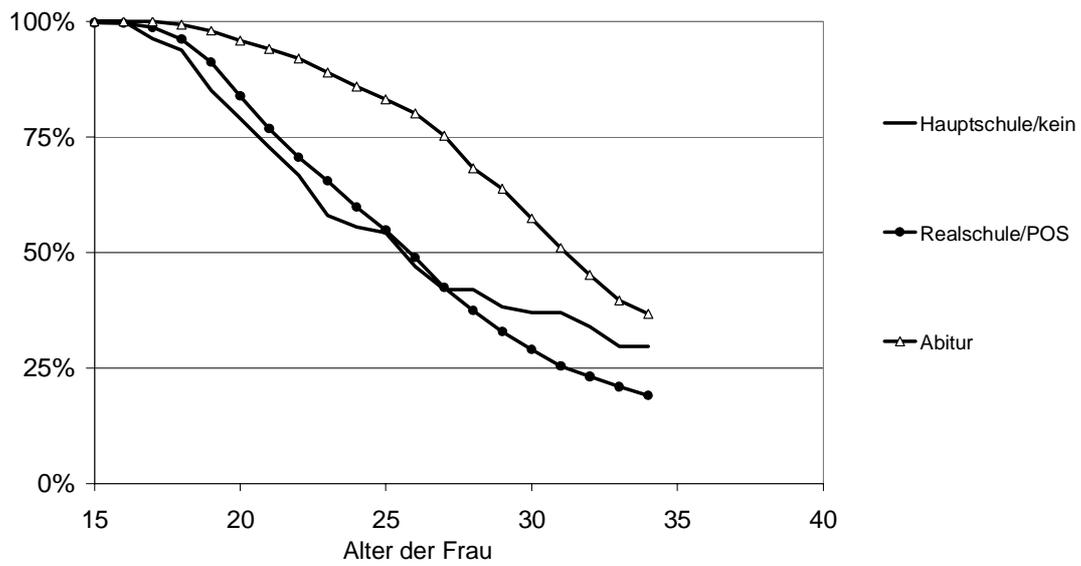
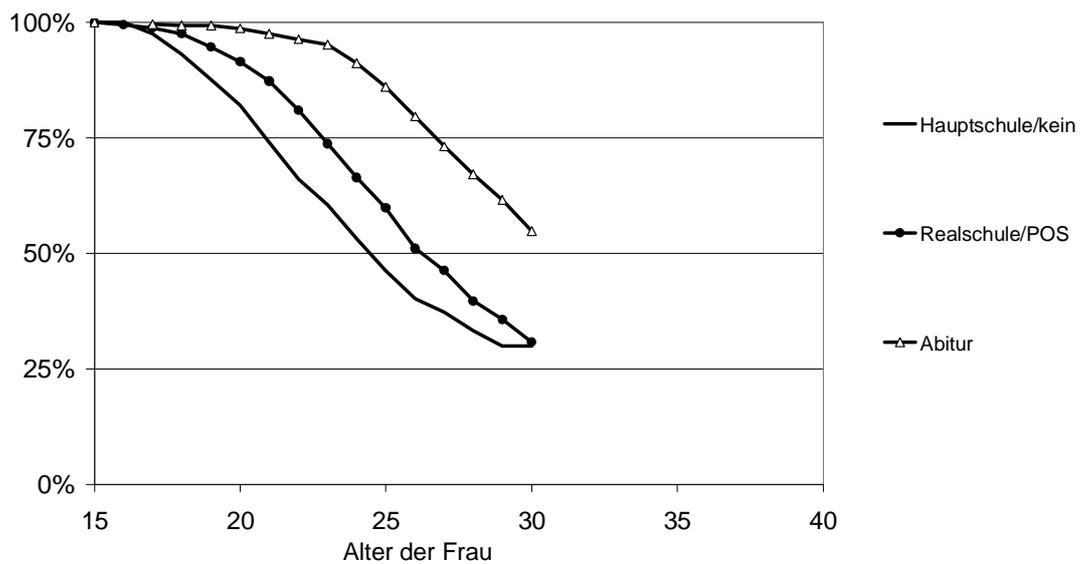


Abb. A8: Survivalfunktion nach höchstem Schulabschluss – Ostdeutschland Kohorte 1974-1977



Anmerkung: Das Vorhandensein eines Kindes und das Alter bei Erstgeburt wurde auf Basis von Informationen zur Anzahl und zum Alter der Kinder, die zum Befragungszeitpunkt im Haushalt leben generiert. Die Survivalfunktionen wurden auf Basis der Sterbetafelmethode generiert.
 Quelle: Mikrozensus 1998, 2000 und 2004, eigene Berechnungen